

PRESSEMITTEILUNG

## **Energiekrise: Unternehmen fordern Gaspreisdeckelung und Steuerentlastung**

Düsseldorf, 27.09.2022

**In der morgigen Kabinettsitzung müssen die Weichen für den Winter gestellt werden. Rund 60 % der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) fordern eine Gaspreisdeckelung. Der Deutsche Mittelstands-Bund (DMB) plädiert außerdem für schnelle und spürbare sowie längst überfällige Entlastungen für Unternehmen.**

„Die Ampel-Regierung muss in der morgigen Kabinettsitzung endlich auf die Herausforderungen des Mittelstands in der Energiekrise reagieren und die Weichen für den Winter stellen. Die Idee der Ampelregierung einer Gasumlage war von Anfang an unsinnig. Stattdessen müssen die Bedürfnisse unserer bereits angeschlagenen Wirtschaft berücksichtigt werden: Rund 60 % unserer Mitglieder fordern eine Gaspreisdeckelung“, weiß DMB-Vorstand Marc S. Tenbieg und ergänzt: „Die Gaspreisdeckelung muss so gestaltet werden, dass es weiterhin Anreize zum Energiesparen gibt. Der Weg aus der Krise gelingt nur gemeinsam - solidarisch zwischen Privatpersonen und Unternehmen.“

### **76 % der Unternehmen drängen auf Steuerentlastungen**

Doch die Gaspreisdeckelung allein reicht nicht: Wenn Unternehmen nicht schnell spürbar entlastet werden, droht Deutschland eine Insolvenzelle. „Nachdem die Ampel-Regierungen den Mittelstand bereits bei den Entlastungspaketen eins, zwei und drei weitestgehend vergessen hat, müssen endlich effektive Maßnahmen zum Wohl der deutschen Wirtschaft und dem Erhalt von Arbeitsplätzen her. Wir plädieren für Steuerentlastungen, ein bundesweit einheitliches Maßnahmenpaket zur Energiepreisentlastung für KMU und die zügige Umsetzung der angekündigten Öffnung des Energiekostendämpfungsprogramms für den Mittelstand. Und das inklusive schneller, unkomplizierter Beantragung und Auszahlung. Unternehmen benötigen jetzt Hilfe und nicht erst in Monaten.“

Die Ergebnisse der letzten DMB-Umfrage sprechen dabei für sich: Drei Viertel der befragten Unternehmen sprechen sich für Steuerentlastungen aus. Tenbieg erklärt: "Konkret fordern wir, dass die Energiesteuer auf den Gasverbrauch und die Stromsteuer dauerhaft auf ein europäisches Mindestmaß gesenkt werden müssen. Die Regierung muss nun schnell handeln, um Arbeitsplätze zu erhalten und den Mittelstand als Rückgrat der deutschen Wirtschaft in dieser schwierigen Zeit zu stärken. Versprechungen reichen nicht mehr, es muss gehandelt werden."

*Erfahren Sie mehr über die Ergebnisse der [DMB-Mitgliederumfrage!](#)*

### **Über den DMB**

Der Deutsche Mittelstands-Bund (DMB) e.V. ist der Bundesverband für kleine und mittelständische Unternehmen in Deutschland. Der DMB wurde 1982 gegründet und sitzt in Düsseldorf. Unter dem Leitspruch "Wir machen uns für kleine und mittelständische Unternehmen stark!" vertritt der DMB die Interessen seiner rund 25.000 Mitgliedsunternehmen mit über 500.000 Beschäftigten. Damit gehört der DMB mit seinem exzellenten Netzwerk in Wirtschaft und Politik zu den größten unabhängigen Interessen- und Wirtschaftsverbänden in Deutschland. Der Verband ist politisches Sprachrohr und Dienstleister zugleich, unabhängig und leistungsstark. Spezielle Themenkompetenz zeichnet den DMB in den Bereichen Digitalisierung, Nachfolge, Finanzen, Internationalisierung, Energiewende und Arbeit & Bildung aus. Als dienstleistungsstarker Verband bietet der DMB seinen Mitgliedsunternehmen zudem eine Vielzahl an Mehrwertleistungen. Weitere Informationen finden Sie unter [www.mittelstandsbund.de](http://www.mittelstandsbund.de).

### **Kontakt für Rückfragen**

Manon Meinert  
Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Deutscher Mittelstands-Bund (DMB) e.V.  
Telefon: +49 (211) 200525-36  
[manon.meinert@mittelstandsbund.de](mailto:manon.meinert@mittelstandsbund.de)